

64. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 12. Juli 2019

Top 7: Teilhabe älterer Menschen verbessern – Wege aus Einsamkeit aufzeigen – selbstbestimmte Lebensgestaltung auch bei Pflegebedarf ermöglichen!

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/6747

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Kollegin Oellers. –Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Austausch mit anderen Menschen, soziale Beziehungen und persönliche Bindungen sind ein Grundbedürfnis der menschlichen Existenz. Ohne sie entsteht bei vielen Menschen das belastende Gefühl, einsam und allein zu sein.

Einsamkeit trifft gerade ältere und hochbetagte Menschen. Sie entwickelt sich oft schleichend. Die Kinder arbeiten weit entfernt vom Wohnort, Freunde und Bekannte versterben oder werden selbst pflegebedürftig, gewohnte Aktivitäten fallen schwerer. Dann kann der Verlust des Lebenspartners dazu führen, dass im persönlichen Umfeld keine Bezugsperson mehr zu finden ist.

So ist die Frage von sozialer Isolation und Einsamkeit in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der öffentlichen Debatte geraten, und das ist auch gut so. In Großbritannien wurde Tracey Crouch zur ersten Einsamkeitsministerin ernannt.

Ergebnisse des Deutschen Alterssurvey 2017 zeigten aber auch, dass das Risiko im Alter in den letzten Jahrzehnten nicht zugenommen hat. Nur wenige Menschen mittleren und höheren Alters fühlen sich einsam.

Erst im sehr hohen Alter kommt es zu einem Anstieg der Einsamkeit– bei Frauen etwas stärker als bei Männern. Insbesondere bei Älteren über 80 Jahren besteht ein deutlich höheres Risiko sozialer Isolation, wenn Probleme wie zum Beispiel eine Erkrankung oder abnehmende Mobilität hinzukommen.

Gerade hochbetagte und ältere Menschen an der Schwelle zur Pflegebedürftigkeit benötigen deshalb Unterstützungsangebote, um aus ihrer Vereinsamung herauszufinden. Wir sind gefordert, Einsamkeit im Alter vorzubeugen und die Teilhabe älterer Menschen zu verbessern.

Dazu will die NRW-Koalition aus Union und FDP die sozialen Kontakte allein lebender Menschen im höheren Alter stärken.

Zudem wollen wir diesen Menschen den Zugang zu präventiven und vorpflegerischen Dienstleistungen sowie zu Entlastungsangeboten eröffnen.

Wir setzen aber nicht wie die Vorgängerregierung nur einseitig auf ambulante Angebote und die Förderung der Quartiersentwicklung. Wir wollen kein Entweder-oder zwischen ambulanten und stationären Pflegeangeboten, kein Ausspielen gegeneinander, sondern ein Miteinander von ambulant und stationär, und wir wollen mit diesem Antrag eine bessere Vernetzung erreichen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dabei ist unser zentraler Gedanke, die professionellen Angebote und die Kompetenzen von Pflegeheimen für ihr räumliches Umfeld zu öffnen und so auch ältere Menschen zu erreichen, die noch nicht auf stationäre Pflegeleistungen angewiesen sind.

Praktisch fängt das mit Mittagstischen und Angeboten zur Begegnung an und setzt sich mit

der Unterstützung im häuslichen Alltag, der Einbeziehung von niedrighschwelligem Betreuungsangeboten und gegebenenfalls auch durch ambulante Pflegeleistungen fort.

So wollen wir stationäre Pflegeeinrichtungen zu Ankerpunkten in Kommunen entwickeln, die als Anlaufstellen dienen und in ihrer Umgebung älteren Menschen Gemeinschaft und Versorgung anbieten.

Dabei wollen wir zur Umsetzung derartiger Konzepte sektorenverbindende Versorgungsanträge sowie das Instrument der Gesamtversorgungsverträge gemäß §72 SGB XI nutzen.

Letztere ermöglichen nicht nur eine abgestimmte Versorgung, sondern vor allem einen flexiblen Personaleinsatz, indem sie neben der stationären Einrichtung auch ambulante Leistungen umfassen.

Wir müssen bei der Umsetzung dann aber auch darauf achten, dass nicht einzelne Anbieter einseitig bevorzugt werden, sondern die vielfältige Landschaft kommunaler, gemeinnütziger und privater Anbieter in der Pflege erhalten bleibt.

So wollen wir mit neuen Ansätzen Selbstbestimmung und Teilhabe älterer Menschen stärken, und ich denke, dass wir alle das wollen. –Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. –Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Frau Altenkamp das Wort.